

Am 21. Juli 2017 finden anlässlich des »Internationalen Gedenktags für verstorbene Drogengebraucher« in über 60 bundesdeutschen Städten Kundgebungen statt. Wie stellt sich die Situation von Drogenkonsumenten aktuell dar?

Die Lebenssituationen von Drogengebrauchern in Deutschland sind so vielfältig wie die der Menschen, die keine illegalisierten Drogen konsumieren. Ein Punkt vereint sie allerdings alle, sie sind der strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt. Dieser Umstand kann Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben – sie laufen Gefahr, inhaftiert zu werden, ihren Arbeitsplatz und ihre Wohnung zu verlieren oder, im Falle einer Elternschaft, auch ihre Kinder. Die psychischen und finanziellen Auswirkungen, die eine Kriminalisierung mit sich bringt, sind groß.

Welche Probleme bestehen weiterhin?

Es zeigen sich vielfach gesundheitliche Probleme und Risiken, die durch bessere Lebensumstände reduziert werden könnten. Als Beispiel: Jemand, der obdachlos ist, kann häufig nur unter sehr unhygienischen Bedingungen seinen Druck setzen, also beispielsweise Heroin spritzen. Zudem läuft er Gefahr, von anderen entdeckt zu werden. Die Drogen werden in solchen Situationen oft hastig konsumiert. Dabei werden Risiken eingegangen, die in einem geschützten Rahmen nicht in dem Maße auftreten. Um hier Unterstützung und Abhilfe zu schaffen, gibt es in etwa 16 Städten Konsumräume. Die Räume sind für viele Nutzer überlebenswichtig, aber auch dieses Angebot ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, u. a. aufgrund beschränkter Öffnungszeiten. Seit einigen Jahren stellen wir einen kontinuierlichen Anstieg der Todesfälle fest. 2016 sind in Deutschland offiziell 1.333 Menschen an illegalisierten Drogen verstorben, davon 167 in Berlin.

Hätte deren Tod verhindert werden können?

Wir gehen davon aus, dass dies in vielen Fällen möglich gewesen wäre.

Wie?

Die meisten Todesfälle wurden unter Opiatkonsumenten beklagt. Wenn man sich mit Heroin oder einem anderen Opiat überdosiert, gibt es einen Opiatantagonisten, der die Wirkung des Opioids für einen gewissen Zeitraum aufhebt. So kann einem das Leben gerettet werden. Dieser Opiatantagonist heißt Naloxon und wird in Deutschland nur in sehr wenigen Projekten abgegeben. Hintergrund der zögerlichen Verwendung sind Rechtsunsicherheiten, die bei der Abgabe an Drogengebraucher bestehen. Hier war es politisch bisher nicht möglich, Rechtssicherheit für die Beteiligten herzustellen. Es wäre jedoch sinnvoll, eine niedrigschwellige Abgabe zu ermöglichen. Zugleich sollten alle Patienten, die mit Drogenersatzstoffen behandelt werden, auch einen Opiatantagonisten erhalten.

Die große Mehrheit der in der Drogenhilfe tätigen Menschen und Vereine fordert eine Freigabe sogenannter leichter Drogen und eine ärztliche Abgabe »harter« Drogen. Worin bestünden die Vorteile?

Wir setzen uns für eine Legalisierung von Drogen ein, da die strafrechtliche Verfolgung inhuman ist und negative Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der Betroffenen hat. Diese hat gesundheitliche Risiken zur Folge und manchmal kostet sie auch das Leben selbst. Einige Länder sind bereits andere Wege gegangen oder versuchen dies langsam. Deutschland gehört leider noch nicht dazu. So ist Portugal bereits vor 16 Jahren den Weg der Entkriminalisierung



Todesschwadronen auf den Philippinen: 3.500 vermeintliche Drogenkonsumenten in sechs Monaten ermordet

»Stetiger Anstieg der Todesfälle«

Kundgebungen zum »Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher«. Gefahren für Konsumenten durch Kriminalisierung. Ein Gespräch mit Bärbel Knorr

sierung gegangen, d. h. für den Drogenbesitz werden die Konsumenten nicht strafrechtlich belangt. In den USA, im Mutterland des »Krieges gegen Drogen«, wird in einigen Bundesstaaten der Verkauf von Marihuana offiziell praktiziert.

Und warum tun sich Gesellschaft und etablierte Politik damit so schwer?

Es bestehen Ängste, dass mit einer Legalisierung, oder auch einfach nur einer Entkriminalisierung, wesentlich mehr Menschen Drogen konsumieren



Bärbel Knorr ist Gesundheits- und Sozialökonomin und fachliche Leiterin des Bereichs Strafvollzug bei der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH)

würden. Der Wirkung von Betäubungsmitteln wird so eine Macht zugeschrieben, die nur durch Sanktion und Strafe geregelt werden könne. Vielfach bestehen auch noch veraltete Auffassungen, dass beispielsweise der einmalige Konsum irgendeiner illegalisierten Droge zu einer direkten Abhängigkeit führen würde. Häufig sind die Bilder emotional besetzt, und damit lassen sich nur schwer Änderungen diskutieren und auf den Weg bringen.

Die DAH macht sich seit Jahren auch für Verbesserungen der Lebensumstände inhaftierter Drogenkonsumenten stark. Wie sind diesbezüglich die Zustände in den bundesdeutschen Knästen?

Aufgrund der Kriminalisierung des

Drogenkonsums werden natürlich auch viele Menschen inhaftiert. Rund 25 bis 30 Prozent der männlichen und ca. 50 Prozent der weiblichen Gefangenen sind Drogenkonsumenten. Im Laufe der letzten 10 Jahre sind die Substitutionsbehandlungen, also die Verabreichung von Drogenersatzstoffen wie Methadon, ausgebaut worden. Von den etwa 15.000 bis 19.000 drogenkonsumierenden Gefangenen werden jedoch nur rund 2.500 bundesweit substituiert. Da keine Konsumutensilien zugelassen werden, infizieren sich viele Gefangene mit HIV, Hepatitis B und C, was leicht zu vermeiden wäre.

Politik und Justiz werden hingegen nicht müde, zu bestreiten, dass es hinter Gittern überhaupt zum Konsum harter Drogen komme.

Inzwischen wird etwas offener über den Konsum in Haftanstalten gesprochen, aber insgesamt ist es ein tabuisiertes Thema, das auch die Sicherheitsfragen des Vollzugs tangiert. Es kann offenbar nicht sein, was nicht sein darf. Die Konsumenten werden für ihren Konsum bestraft und inhaftiert und setzen am »Ort der Strafe« ihren Konsum fort. Ich persönlich finde die Annahme absurd, dass Menschen, die wegen nicht regelkonformen Verhaltens eingesperrt werden, ihr Verhalten beim Eintritt ins Gefängnis plötzlich verändern würden.

Bei der Kundgebung in Berlin (13 Uhr, Kottbusser Tor, jW) wird es nicht nur um die Situation der Drogenuser in der BRD gehen. In anderen Ländern, etwa auf den Philippinen, findet seit Jahren ein aggressiver Krieg gegen Drogen und deren Konsumenten statt. Dabei hat sich der philippinische Präsident Rodrigo Duterte in der Vergangenheit positiv auf Adolf Hitler bezogen und von Millionen Drogenabhängigen schwadroniert, die er »gerne umbringen« würde. Wie kann den Menschen

auf den Philippinen, aber auch in anderen Ländern geholfen werden, in denen staatliche Milizen bzw. Polizeieinheiten willkürlich Drogengebraucher ermorden?

Neben der eben erwähnten positiven Entwicklung in einigen Staaten gibt es auch die extrem negative Entwicklung wie in Indonesien und den Philippinen. Tatsächlich redet Duterte nicht nur über die Ermordung von Drogengebrauchern. Er lässt die Ermordung auch durchführen. Innerhalb der ersten sechs Monate nach seinem Amtsantritt wurden laut Amnesty International 3.500 Drogengebraucher von Polizisten und Todesschwadronen getötet. Wie viele im letzten Halbjahr hinzugekommen sind, weiß ich nicht.

Es ist schwierig, gute Lösungsansätze dafür aus dem Hut zu zaubern. Wichtig ist, dies immer wieder zu thematisieren und sich solidarisch zu zeigen, den Mut, den einzelne zeigen, zu unterstützen und Menschen, die gefährdet sind, Schutz zu bieten. Aus der EU kamen kritische Worte gegen Duterte. Den interessiert dies jedoch nicht. Er lässt weiter morden.

In anderen Ländern steht noch immer die Todesstrafe auf Drogenkonsum. Was erwarten Sie diesbezüglich von der deutschen Bundesregierung?

China nimmt im südostasiatischen Raum eine Art Vorreiterrolle im Umgang mit Drogenkonsumenten ein. Wenn China die Todesstrafe gegen die Betroffenen abschaffen würde, könnte dies positive Auswirkungen auf die Situation in Indonesien, Malaysia, Thailand usw. haben. Die Bundesregierung hat gute wirtschaftliche Beziehungen zu China, und es finden regelmäßige Besuche statt. Die Todesstrafe und die besondere Rolle, die China dabei von anderen Ländern zugestanden wird, könnte thematisiert werden, dies wäre zumindest ein Anfang. **Interview: Markus Bernhardt**

■ Hintergrund: Gedenktag

Am 21. Juli wird, in diesem Jahr unter dem Motto »Auch Drogengebraucher haben Menschenrechte«, der »Internationale Gedenktag für die verstorbenen Drogengebraucher« begangen. Der Gedenktag geht auf den Tod des jungen Drogenkonsumenten Ingo Marten zurück, der am 21. Juli 1994 in Gladbeck verstarb. Seiner Mutter gelang es infolge seines Todes unter Mithilfe der Stadt, eine Gedenkstätte für ihren Sohn und andere verstorbene Drogengebraucher einzuweihen, der in den nächsten Jahren weitere Orte der Erinnerung und Mahnung in anderen Städten folgten.

Der Gedenktag gilt seit seiner Einführung auch als drogenpolitisches Statement. »Er verweist auf die noch immer prekären und menschenunwürdigen Lebensbedingungen der meisten Drogengebraucher in der Illegalität und daher auf eine seit Jahrzehnten verfehlte Drogenpolitik«, erinnerte der Bundesverband JES (Junkies, Ehemalige und Substituierte), ein bundesweites Netzwerk von Gruppen, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich für die Interessen und Bedürfnisse drogengebrauchender Menschen engagieren, in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung.

In diesem Jahr verweist der 21. Juli auf die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« von 1948 und deren Bedeutung insbesondere für die Betäubungsmittelkonsumenten von heute. »Alle Staaten sollen sofort und unbedingt die Todesstrafe, die teils auch für Verstöße gegen die örtlichen Drogenverbote verhängt wird, generell abschaffen. Todesstrafe, Folter und ähnliche Formen extremer staatlicher Gewalt sind in keiner Weise zu tolerieren«, stellte der Verband klar. Russland, Indien, Mexiko und Brasilien seien nur wenige Beispiele für die Vielzahl von Ländern, in denen sogenannte Junkies »drastischen Formen von Menschenrechtsverletzungen« ausgesetzt seien. »Das geht vom kalten Zwangsentzug bis zu den von staatlicher Seite angezettelten oder zumindest gutgeheißenen Morden auf den Philippinen«, kritisiert JES.

»Die unwürdige Zurschaustellung der Todesstrafe für Drogenbesitz, Handel und Konsum in Indonesien, dem Iran, Saudi-Arabien und anderen Ländern zeigt keinerlei Wirkung auf die Verbreitung des Drogenkonsums. Mit dem internationalen Gedenktag 2017 verleihen wir daher unserer Forderung Nachdruck, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen«, heißt es auch in einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Stellungnahme verschiedener Verbände der Drogenhilfe.

Die zentrale Kundgebung der »Bundesarbeitsgemeinschaft der Eltern und Angehörigen« findet in diesem Jahr in Wuppertal (Freitag, 21. Juli, von 10 bis 15 Uhr in Elberfeld, auf der »Platte« vor den City-Arkaden) statt. (bern)

■ www.jes-bundesverband.de
 ■ www.akzept.org
 ■ www.aidshilfe.de